



## Aus dem Kindberger Gemeinderat (Sitzungen vom 17. Mai und 26. Juni)

### Probleme beim „Betreubaren Wohnen“

Probleme beim „Betreubaren Wohnen“ in Allerheiligen brachte KPÖ-Gemeinderat Gernot Omerovic zur Sprache. Die Bewohner klagten über falsch parkende Autos und gefährliche Situationen beim Verlassen des Hauses. Nun wurde auf Vermittlung der KPÖ gemeinsam mit der Brucker Wohnbau und der Stadtgemeinde eine Lösung ausgearbeitet. Unter anderem sollen ein Poller errichtet und ein Verkehrsspiegel aufgestellt werden, außerdem werden die Fahrverbotszonen besser gekennzeichnet. Bürgermeister Sander (SPÖ) versprach, sich um eine rasche Umsetzung der Maßnahmen zu kümmern.



### Änderung bei den Kinderkrippen

Bei der Kinderkrippe wurde das Gebührenmodell überarbeitet. Bislang war es so, dass man immer denselben Betrag für die Kinderbetreuung zahlen musste, egal, wie lang das Kind tatsächlich betreut wurde. Das führte dazu, dass die Kinder prinzipiell ganztägig angemeldet wurden, aber oft früher abgeholt wurden, was für das Personal, das vertragsgemäß anwesend sein musste, zu Planungsproblemen führte. Nunmehr gibt es eigene Tarife für die Betreuung in der Kinderkrippe: 275 Euro für 6 Stunden, 300 Euro für 8 Stunden, 325 Euro für 10 Stunden.

### Gemeinderatssplitter

Wer das alte Landespflegezentrum kauft ist noch unklar, die Frist wurde deshalb verlängert.



Die ÖVP wünscht sich ein öffentliches WC in Allerheiligen, die bisherige Lösung, die Toilette in der Schule zu benutzen ist ungenügend, unter anderem, weil diese am Wochenende geschlossen ist. Bürgermeister Sander versprach, eine Lösung mit der Schule zu prüfen, eventuell mit einem eigenen Eingang.



Die Kosten für die Sanierung der Sporthalle stehen fest. Sie werden 572.000 Euro ausmachen, um 40.000 Euro weniger als im Budget vorgesehen.



Die Baumeisterleistungen bei der Neugestaltung der Fußgängerzone und des Ortszentrums von Kindberg kommen auf rund 3,5 Millionen Euro, für die Beleuchtung, diese kann

das gemeindeeigene E-Werk Kindberg errichten, werden insgesamt rund 600.000 Euro fällig.



### Post nur mehr mit Smartphone ?

Die Post und die BAWAG gehen bekanntlich wieder getrennte Wege. Das führt dazu, dass die Post aus der Filiale am Hauptplatz auszieht. Im ehemaligen Postgebäude in der Ungerfeldgasse soll nun eine „moderne“ Postfiliale mit elektronischer Paketabholung errichtet werden. Ob in dieser Filiale auch Personal zur Kundenbetreuung arbeiten wird, steht noch offen. KPÖ-Gemeinderat Gernot Omerovic kritisierte folgendes: „Für Pensionisten könnte es schwierig werden, wenn sie kein Smartphone besitzen, bekommen die am Ende keine Post mehr?“

### Kein „Aus“ für Bürgerservicestelle

Am 26.06.2018 gab es die letzte Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause. Ein Vorschlag des Bürgermeisters war unter anderem der Verkauf eines gemeindeeigenen Objektes in Allerheiligen. Es soll stark renovierungsbedürftig sein. Dort



befindet sich zur Zeit noch die Bürgerservicestelle der Stadtgemeinde Kindberg für die EinwohnerInnen Allerheiligens. Diese soll auch nach Verkauf des Objektes ersatzlos gestrichen werden. BEGRÜNDUNG: Sie würde von ausgesprochen wenig Bürgern genutzt werden. Jedoch wäre

eine Schließung unserer Meinung nach eine große Benachteiligung von Allerheiligen. Da auch ÖVP und FPÖ darüber die gleiche Ansicht hatten konnte die Schließung verhindert und ein neuer Ort für die Bürgerservicestelle im alten Postgebäude gefunden werden.

### Kindererholung: Gemeinde erhöht Zuschuss

KPÖ GR Omerovic brachte einen interessanten Vergleich bei den Zuschussleistungen der umliegenden Gemeinden für Kindererholungsaufenthalte. So erhält ein Kind aus St. Barbara einen Zuschuß von 140 € für 14 Tage, ein Kind aus Mürrzuschlag 120.- und ein Kind aus Kindberg bekommt 46,20.-. Da es sich in der Regel um Kinder aus nicht allzu begüterten Familien handelt wäre hier dringender Handlungsbedarf gegeben. Bürgermeister Sander erklärte sich bereit im September eine Erhöhung zu beschließen und diese auch rückwirkend für die heurige Ferienaktion auszubehalten.

## Probleme in Allerheiligen



KPÖ GR Gernot Omerovic

Es ist wichtig, dass man Probleme in unserer Gemeinde offen anspricht. Wenn Sie das Gefühl haben, von der Gemeindeverwaltung nicht ernst genommen zu werden, wenden Sie sich bitte an mich! Gemeinsam können wir dann versuchen, Lösungen zu finden. Ich darf Ihnen dazu ein Beispiel bringen:

Die Bewohnerinnen und Bewohner der „Betreubaren Wohnens“ in Allerheiligen haben sich an mich gewandt, weil sie verschiedene Probleme hatten und sich dabei von der Stadtgemeinde Kindberg im Stich gelassen gefühlt haben. Zum einen war das Problem, dass rund um das Wohnhaus, es ist direkt an den Nah und Frisch Markt in Allerheiligen angebaut, immer wieder Autos fahren, was zu gefährlichen Situationen bei Verlassen des Hauses geführt hat. Auch wurden die Privatparkplätze der Bewohner häufig von Kunden des Geschäftes zugestellt. Ich konnte diesbezüglich erreichen, dass der Bürgermeister und Vertreter der Brucker Wohnbau sich die Probleme vor Ort anschauten, und auch erste Lösungsvorschläge gemacht wurden. Das ist das Erfreuliche.

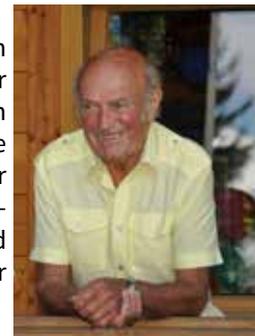
Ein weiteres Problem ist, dass immer wieder alkoholisierte Personen sich rund um das Geschäft aufhalten, Lärm machen und ihren Müll in die Wiesen werfen. Es ist hier leider so, dass es in ganz Allerheiligen kein Wirtshaus oder Beisl mehr gibt, wo diese Leute hingehen könnten. Auch diese Problematik habe ich dem Bürgermeister geschildert. Er will versuchen, einen kleinen Gastronomiebetrieb, im Gespräch war eine Pizzeria, nach Allerheiligen zu holen. Das wäre ein Anfang! Noch etwas anderes: Die Postfiliale kommt vom Hauptplatz weg, es soll eine supermoderne Filiale werden. Wir kennen das leider schon von diversen Banken: im Foyer stehen oft nur mehr Automaten, aber niemand ist da, um Beratungen durchzuführen. So ähnlich soll es künftig auch bei den Postfilialen laufen. Mit einer Smartphone-App kann man dann seine Pakete abholen. Was das bedeutet kann man sich ausmalen. Da bin ich lieber altmodisch als „supermodern“!

Bei der letzten Sitzung konnte die Schließung der Bürgerservicestelle in Allerheiligen verhindert werden. Das war mir persönlich ein sehr wichtiger Schritt da ich immer gesagt habe es darf im Zuge der Gemeindefusion zu keiner Schlechterstellung der Ortsteile kommen. Ich finde es gut, dass die Opposition gemeinsam dieses Ansinnen Abwenden konnten.

Einen weiterer Erfolg brachte unser Antrag, den Gemeindegremium für Kindberger Kinder die an Ferienaktionen teilnehmen, im September rückwirkend anzuheben. Endlich braucht sich die Gemeinde Kindberg nicht mehr hinter den Nachbargemeinden wegen den geringen Zuschüssen verstecken.

*Ihr Gemeinderat Gernot Omerovic*

## Otmar Hofer verstorben



Mit Genossen Hofer ging ein Kommunist, ein Antifaschist und Internationalist von uns. Er stellte aus tiefster Überzeugung heraus sein Leben in den Dienst der Arbeiterklasse sowie in den Kampf für Frieden und Sozialismus. Er wollte, dass die Menschen in sozialer Sicherheit, in Geborgenheit und Würde leben und arbeiten könnten. Diesen Idealen fühlte er sich bis zuletzt verpflichtet.

Als Genosse Hofer 1960 in die KPÖ beigetreten ist, war er schon gewerkschaftlich aktiv und politisch geprägt. Das positive Wirken der kommunistischen Funktionäre wie zum Beispiel Hans Terler überzeugten und politisierten ihn zunehmend. Daneben bildete er sich durch die Lektüre der marxistischen Klassiker weiter. Er las Lenin- und vor allem das wichtigste- er verstand ihn auch. Besuchte Gewerkschaftskurse und wurde so einer der aktivsten und angesehensten Betriebsfunktionäre des Gewerkschaftlichen Linksblocks im Alpine Bereich. Sein Wissen und Engagement gipfelte in einem weit über die Kindberger Grenzen hinaus beachteten Wahlerfolg bei den Betriebsratswahlen Ende der 70er Jahre wo er 4 Mandate für den Gewerkschaftlichen Linksblock erreichen konnte, ohne diese auch besetzen zu können. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit endete erst am Tag seines Pensionsantritts mit der Feststellung, dass er sein Leben lang zwar für die Arbeiter im Betrieb gekämpft hatte, aber letztendlich trotz aller Anerkennung und vielem Schulterklopfen, feststellen musste, dass in jener Zeit Courage und Engagement nicht gerade als die vorherrschenden Hauptcharakterzüge vorhanden gewesen sind.

Seine politische Tätigkeit führte Genossen Hofer bald nach dem Beitritt gleich in die Bezirksleitung und kurz darauf sogar in das Sekretariat der KPÖ Mürzzuschlag. In Folge wurde Genosse Hofer auch Mitglied in der steirischen Landesleitung. Überall wo er wirkte, eilte ihm der Ruf des prinzipienfesten, streitbaren Betriebsfunktionärs voraus. Einer, der mit seiner hemdsärmeligen Kritik nicht nur sozialdemokratischen Betriebskaisern und Werksdirektoren auf die Zehen steigen konnte, sondern auch innerhalb der KPÖ eine kritische Position gegen, seiner Meinung nach falschen und selbstzerstörerischen Entwicklung, erarbeitet hat.

Genosse Hofer litt mehr als viele KP- Funktionäre unter dem Niedergang der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder. Er erkannte früh, dass das Verschwinden der Sowjetunion mit der nunmehr uneingeschränkten Macht des Kapitals einher gehen wird, dass sogar ein Krieg in Europa wieder Realität wurde.

In den letzten Jahren konnte sich in Kindberg die KPÖ auf kommunalpolitischer Ebene wieder Fuß fassen, sogar ein Mandat im Kindberger Gemeinderat konnte erreicht werden und eine kommunistische Grundorganisation wurde nach Jahrzehnten wieder ins Leben gerufen. Dies konnte Genosse Hofer noch erleben. Leider lies es sein Alters- und Gesundheitszustand nicht mehr zu, sich aktiv dran zu beteiligen.

Das Leben Otmar Hofers hat sich nun vollendet. Aber in den Herzen seiner Familienangehörigen, in den Erinnerungen und Gedanken seiner Genossen und Freunde, lebt Genosse Hofer, weiter. Sein Vermächtnis ist : Weiter wirken für ein internationalistisches Denken und Handeln, seine Erfahrungen, die Lehren aus seinem unermüdlischen Kampf und seine unbeugsame Zuversicht an Sozialismus und Frieden zu glauben, auch wenn der erste Versuch einmal gescheitert ist. Wir sind stolz solche Genossen wie dich gehabt zu haben und werden deinen Kampf weiterführen!

*Deine Genossen von der KPÖ Mürztal Mitte*

## Was uns Auf- und Einfällt...



Bahar Polat  
(KPÖ Mürztal Mitte)

### St. Barbara Gemeinderatssplitter von der Sitzung am 28. Juni

...dass der bisherige Gemeindegassier Georg Taufner (SPÖ) sein Amt zurückgelegt hat. Warum er es zurückgelegt hat wurde nicht gesagt. Als sein Nachfolger wurde DI Christoph Bammer (SPÖ) mehrheitlich gewählt.

...dass eine saftige Nachzahlung an den SHV bevorsteht. Als vorläufige eingeplante Summe sprach der Bürgermeister von 46.400 €. Wie schon beinahe gewohnt reichen die hohen Gemeindegzuschüsse auch heuer nicht aus.

...dass die Kabel TV GesmbH für heuer einen Gewinn von 33.000 € gemacht hat. Anscheinend dürften die Kabelfernsehgebühren zu hoch sein. Ob es vielleicht einmal zu einer Gebührensenkung kommt?

...dass die Freibadtartef im Großen und Ganzen gleich bleiben. Lediglich bei den Nachmittagstarifen gab es eine spürbare Veränderung auf 3,20 € für Erwachsene und 1,90 für Kinder. Die Saisonkarten und alle anderen Tarife bleiben gleich.

...das eine Gemeindeprüfung durch die BH Bruck - Mürzzuschlag durchgeführt wurde. Auf insgesamt 99 Seiten bemängelten die prüfenden Beamten einige Formfehler, Unregelmäßigkeiten in Verwaltungsabläufen u.s.w. Leider können wir sie nicht näher informieren da nur die Gemeinderatsfraktionen Einschau in diesen Bericht halten können.

...dass ein neuer Betrieb am ehemaligen Zenker- Gelände eine Wirtschaftsförderung in der Höhe von 10.000.- erhält. Das Land beteiligt sich an diesem Betrag zur Hälfte. 38 Mitarbeiter finden dort ihre Beschäftigung. Bürgermeister Jance bezeichnet diese Ansiedlung als Glücksfall.

Der Jugendgemeinderat richtete die Bitte an den Gemeinderat einen Beschluss zu fassen und auf die Verwendung von Glyphosat zu verzichten. Dieser Beschluss fand die Zustimmung aller Fraktionen. Wir finden es auch gut, dass Ideen des Jugendgemeinderates vom echten Gemeinderat aufgenommen werden. Da ist St. Barbara gegenüber anderen Gemeinden weit voraus.

8 Stunden sind  
genug!



### Peinlicher Auftritt der SPÖ im steirischen Landtag

Über 100.000 Menschen aus ganz Österreich haben Ende Juni gegen den 12-Stunden-Tag demonstriert, die SPÖ war auch dabei. Zwölf Stunden arbeiten am Tag, 60 Stunden in der Woche, das bedeutet nicht nur weniger Freizeit, sondern auch ein höheres Gesundheitsrisiko und Lohnverlust. Jeder Widerstand gegen dieses Gesetz ist richtig und wichtig. Würde sich der Landtag Steiermark gegen diese Verschlechterungen aussprechen, wäre das ein starkes Zeichen – ein solches Bekenntnis forderte die KPÖ am 3. Juli.

Leider stimmten nicht nur ÖVP und FPÖ, sondern auch die Abgeordneten der SPÖ gegen den Antrag. Das Pikante daran: SPÖ-Bundesgeschäftsführer Max Lercher, der in der Steiermark Landtagsabgeordneter ist, war bei der Abstimmung leider „verhindert“.

Mario Zver (KPÖ Mürztal Mitte)

## SOZIALBERATUNG DER KPÖ IN KINDBERG UND ST. BARBARA

UNABHÄNGIG – VERTRAULICH – KOSTENLOS - KOMPETENT

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsprobleme, familiäre Fragen, arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Helfen statt Reden!

Geben statt Nehmen!

Der nächste Sprechtag findet am Dienstag den **24. Juli** ab 16 Uhr für Kindberg und St. Barbara statt. Bei der telefonischen Voranmeldung unter erhalten sie die genaue Information über den genauen Ort und den exakten Zeitpunkt. Tel.: 0650 2710550 oder per E- Mail: [kpoemuerz@gmail.com](mailto:kpoemuerz@gmail.com)

fürchtet  
euch  
nicht!  
KPÖ

## Erfolg: Steiermarkweite Volksbefragung über Olympia

**Die Grazer Stadträtin Elke Kahr: „Offenbar war der Druck von unten nun doch groß genug“**

Die Entscheidung, dass nun eine – sogar steiermarkweite – Volksbefragung über Olympia 2026 stattfinden soll, ist für die KPÖ ein Erfolg: „Offenbar war jetzt doch der Druck von unten groß genug“, sagt Stadträtin Elke Kahr. Selbst Bürgermeister Nagl, der eine Volksbefragung immer abgelehnt hatte, war gezwungen einzulenken.

„Wichtig ist auf jeden Fall, dass die Volksbefragung stattfindet, bevor der Bewerberstatus für Graz beschlossen wird, damit unnötige Ausgaben für die Stadt möglichst vermieden werden können“, betont die Grazer Stadträtin, die daran erinnert, dass bereits im März eine Gesellschaft, nämlich die „Graz Winter-spiele 2026 GmbH“, gegründet wurde und allein bis



zur Entscheidung über die Vergabe im Herbst 2019 durch das IOC 6 bis 7 Millionen an öffentlichen Geldern fließen sollen.

Seit Jänner wurden ausschließlich in Graz tausende Unterschriften gesammelt

## Die Post ist unverschämt: 80 Cent für einen Brief!

Ab Juli kostet ein Brief, der am nächsten Tag zugestellt werden soll, bereits 80 Cent statt bisher 68 Cent. Bei zwei bis drei Tagen Lieferzeit sind es 70 Cent. Beim Tarif „Eco-Business“ beträgt der Preis 65 Cent, dafür dauert die Zustellung vier bis fünf (!) Tage. Das bedeutet, dass die Post in Zukunft die Briefe mit dem billigsten Tarif absichtlich ein paar Tage liegen lassen müsste, obwohl sie in einem Tag zustellbar wären.

Damit wird der Briefverkehr künstlich verlangsamt und ohne Zwang ineffizienter gemacht, um die Teuerung zu rechtfertigen.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Trotz steigender Gewinne und Dividenden für die Aktionäre werden laufend Filialen geschlossen und die Tarife absurd erhöht, nicht nur ins Ausland. Auftrag der Post sollte es eigentlich sein, der Bevölkerung ein flächendeckendes Angebot zu erschwinglichen Preisen anzubieten. Die Vorgänge bei der Österreichischen Post AG zeigen, wohin die Privatisierungspolitik geführt hat.“

## Immer wieder: Betriebskosten. Kontrolle lohnt sich!

Bei der Prüfung von Betriebskostenabrechnungen stoßen wir immer wieder auf „Unregelmäßigkeiten“.

In einem Fall wurde von einem Immobilienbüro die längst geleistete Nachzahlung aus dem Jahr zuvor der aktuellen Abrechnung vorgetragen, das heißt hinzugezählt. Der Mieter sollte sie also doppelt bezahlen! In einem anderen Fall fand sich in der Betriebskostenabrechnung die Position „Heizungsreparatur“. Reparaturen aller Art sind definitiv keine Betriebskosten und müssen vom Vermieter aus der Mietzinsreserve bezahlt werden.

Mit der Betriebskostenabrechnung erhalten viele Mieter auch neue Mietzinsvorschreibungen, die – zurückhaltend formuliert – nicht dem geltenden Recht entsprechen: Mieterhöhungen von 30 Euro mit der saloppen Begründung, dass „alles teurer wird“, sind ebenso unzulässig wie jene, wo die Vermieterin vom verdutzten Mieter 50 Euro mehr Miete kassieren wollte, weil seine Lebensgefährtin bei ihm eingezogen ist! Und für manche Vermieter noch immer reizvoll ist die Verrechnung der Kosten für die Vergebührung des Mietvertrages. Und das, obwohl diese 2017 abgeschafft worden ist...

Leider glauben nach wie vor viele Mieterinnen und Mieter „eh nichts dagegen tun“ zu können. Manche befürchten sogar, dass sie gekündigt oder gar aus der Wohnung „hinausgeschmissen“ werden können, wenn sie sich gegen eine Ungerechtigkeit zur Wehr setzen. Das ist falsch! Wenn Sie der Meinung sind oder den Verdacht haben, dass eine Betriebskostenabrechnung nicht korrekt ist, eine Vorschreibung zu hoch ist oder Sie sonst einer Ungerechtigkeit ausgesetzt sind, zögern Sie nicht, die Hilfe unserer Beratungsstelle in Anspruch zu nehmen. In vielen Fällen kann Ihnen geholfen werden.

